

ÖDP-Stadtratsfraktion

16.02.2009

Herrn  
Oberbürgermeister  
Jürgen Dupper

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die ödp-Stadtratsfraktion stellen wir folgenden **Antrag**:

Die Gesellschafterversammlung beschließt für die stadt eigenen GmbHs WGP, Event und Stadtwerke folgende Änderung der Gesellschaftsverträge:

1. Die Aufsichtsratssitzungen der stadt eigenen GmbHs finden grundsätzlich öffentlich statt mit Ausnahme der Tagesordnungspunkte, die zwingend der Geheimhaltung unterliegen.
2. Die Neuregelung gemäß Satz 1 dieses Beschlussvorschlages wird an geeigneter Stelle in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen aufgenommen. Alle in diesem Zusammenhang formal notwendigen Schritte werden veranlasst.
3. Die Medien sind über die Tagesordnungspunkte des öffentlichen Sitzungsteils zu informieren.

Begründung:

Die Unterteilung in öffentlich und nichtöffentlich zu beratende Tagesordnungspunkte entspricht der jahrzehntelangen Übung im Stadtrat und seinen Ausschüssen. Die Rechtsform einer GmbH hindert uns nicht, öffentliche Anliegen öffentlich zu beraten, wenn es der politische Wille des Stadtrates ist.

Städte wie Amberg und Deggendorf haben nach dem Transparenz Urteil des VGH beschlossen, nicht nur die Geheimhaltungspflicht aufzuheben, sondern ihre GmbH-Aufsichtsratssitzungen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es gab seither keine Probleme mit der Rechtsaufsicht oder mit der Eintragung im Handelsregister.

Letztendlich geht es bei diesem Thema um die grundsätzliche Frage, in wie weit Politik privatisiert und das für die Demokratie wichtige Öffentlichkeitsprinzip durch Auslagerungen eingeschränkt werden darf. Entscheidungen über Buslinien, Busentgelte und Tarifstrukturen oder gar Privatisierungen, Bürgschaften und stadtentwicklungsrelevante Themen sollen nicht länger hinter verschlossenen Türen beraten werden, denn schließlich arbeiten die städtischen Tochterunternehmen mit dem Geld der Bürger.

Urban Mangold  
Paul Kastner  
für die ödp-Stadtratsfraktion